



Rede

des Herrn Ministerpräsidenten

**anlässlich der
Vorstellung des Antisemitismusberichts**

09. November 2023

Stuttgart, Landtag

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

besonders herzlich begrüßen möchte ich Sie

- liebe Frau Professorin Traub,
- lieber Herr Suliman,

Ebenso alle weiteren anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen
Gemeinden.

Ich bin sehr dankbar, dass Sie heute erneut bei uns hier im Landtag sind.

Vor zwei Wochen hatte ich ein längeres Gespräch mit jungen Jüdinnen und Juden aus Baden-Württemberg.

Was sie berichtet haben, hat mich tief bewegt:

- Dass sie nicht wissen, ob ihre Verwandten und Freunde noch leben.
- Dass sie in ihren Freundeskreisen zwar viel Solidarität erfahren, aber leider auch bittere Enttäuschungen.
- Und dass sie die Nachrichten aus Israel nicht mehr ertragen.

Auch von ihrem Alltag hier in Baden-Württemberg haben Sie erzählt:

- Dass sie jetzt ihre Kette mit dem Davidstern unter dem Pullover tragen und nicht mehr darüber.
- Dass sie die „Jüdische Allgemeine“ nicht mehr in der Öffentlichkeit lesen.
- Oder dass sie nicht mehr zu Demonstrationen gehen, weil sie Angst haben, was ihnen in großen Menschenmengen passieren kann.

Noch nie in ihrem Leben, und das ist mir wirklich unter die Haut gegangen, noch nie in ihrem Leben hätten sie sich so bedroht, so unsicher, so verletzlich und so alleine gefühlt.

Eine junge Jüdin erzählte mir, dass viele ihrer Kontakte in den sozialen Netzwerken Jahr für Jahr am 27. Januar die Losung „Nie wieder“ gepostet hätten.

Aber jetzt, nach dem barbarischen Terror der Hamas, nach all den Ermordeten, Verletzten, Verschleppten, sei da vor allem Schweigen. Oder – fast noch schlimmer: Relativierungen und „Ja, aber“...

Das machte sie fassungslos.

Und ich sage ganz offen: Das macht auch mich fassungslos. Das darf niemanden von uns kalt lassen.

Meine Damen und Herren,

die Sicherheit Israels und der Schutz der Jüdinnen und Juden sind für uns nicht einfach irgendwelche Optionen.

Sie sind

- ein Fundament unseres Gemeinwesens,
- ein Teil unserer Staatsräson,
- ein nicht verhandelbares Versprechen.

Deshalb beschämt es mich zutiefst,

- wenn Islamisten auf unseren Straßen die Gräueltaten und den Terror der Hamas feiern und die Auslöschung Israels fordern,
- wenn manche politischen, kulturellen und religiösen Einrichtungen und Verbände in unserem Land Wochen brauchen, um sich überhaupt zu äußern,
- oder wenn relativiert wird, was nicht relativiert werden kann.

Die Hamas hat Menschen auf barbarische Weise massakriert, verbrannt, verschleppt. Menschen, die auf Festivals gefeiert und getanzt haben. Menschen, die in ihren Wohnzimmern ferngeschaut haben. Menschen, die mit ihren Kindern am Tisch gegessen haben.

Die Terroristen haben Frauen vergewaltigt, Babys vor ihren Eltern den Kopf abgeschlagen und anschließend Videos über ihre Taten ins Netz stellt.

Das ist blanker Vernichtungswille. Das ist fanatischer Hass. Das ist barbarischer Terror.

Um dieses abscheuliche Massaker zu verurteilen, muss man vom Nahost-Konflikt nichts verstehen!

Man muss nicht einmal davon gehört haben, um sich klar und ohne „ja, aber“ gegen diesen Terror zu stellen.

Deshalb habe ich die Worte von Vize-Kanzler Habeck zu diesen Fragen als so bedeutsam empfunden. Denn er hat Orientierung gegeben in dieser schwierigen Lage.

Und er hat klar die roten Linien in dieser Debatte benannt:

Es ist in Ordnung, für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser einzutreten –

- aber es ist NICHT in Ordnung, zu Gewalt gegen Juden aufzurufen oder diese Gewalt zu feiern.
- Es ist in Ordnung, sich für den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza einzusetzen und humanitäre Hilfe zu fordern –
- aber es ist NICHT in Ordnung, Opfer zu Tätern zu machen und Täter zu Opfern.
- Es ist in Ordnung, sich eine Zweistaatenlösung zu wünschen –
- aber es ist NICHT in Ordnung, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen.

Und der große Widerhall auf das Statement hat gezeigt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung genau so denkt, und nicht anders. Und wer diese roten Linien überschreitet, muss die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu spüren bekommen.

Und das gilt natürlich gerade im Bewusstsein dessen, was heute vor 85 Jahren in unserem Land passiert ist. Als die Nationalsozialisten Pogrome in fast allen deutschen Städten lostraten, Schaufenster jüdischer Kaufleute einschlugen, Wohnungen und Eigentum zerstörten, und Synagogen in Brand setzen.

Auch hier in Stuttgart, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Pogrome, die den Übergang markierten von der Diskriminierung zur Gewalt. Und damit zeigten, wie kurz der Weg ist vom einen zum anderen.

Und die im größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte mündeten: den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden.

Deshalb, und das war die zentrale Schlussfolgerung der jungen_Jüdin, von der ich gerade berichtet habe, und das muss auch die Lehre sein, die wir alle aus den Geschehnissen der vergangenen Tage ziehen,

- Deshalb ist „Nie wieder“ jetzt.

Deshalb müssen wir jetzt jüdisches Leben schützen.

Müssen wir jetzt dem Antisemitismus widersprechen – egal wie er sich maskiert, ob rechts oder links, ob islamistisch oder nazistisch.

Müssen wir jetzt das ohrenbetäubende Schweigen Vieler durchbrechen, das Juden in diesen Wochen ertragen müssen.

Müssen jetzt an der Seite unserer jüdischen Freunde stehen.

Deshalb hat die Landesregierung nach dem 7. Oktober sofort reagiert. Wir haben die Schutzmaßnahmen für die jüdischen Einrichtungen im Land erhöht:

- Mit mehr Polizei an Synagogen, KITAS und Schulen.
- Mit Dauerpräsenz während Gottesdiensten oder Versammlungen

Und wir haben da reagiert, wo leider ein Teil der Diskriminierungen passiert:

- An den Schulen.

Das Kultusministerium ist umgehend auf die Lehrerinnen und Lehrer zugegangen.

- Hat Fortbildungen angeboten,
- Materialien zur Verfügung gestellt
- und eine tägliche Online-Beratung eingerichtet.

Kultusministerin Schopper hat das Thema ganz oben auf die Agenda gesetzt. Und arbeitet mit Hochdruck daran, dass weitere Instrumente rasch umgesetzt werden.

Dabei ist klar: Wir können an den Schulen kein Allheilmittel verabreichen. Aber die Schulen sind einer der Orte, wo wir die besten Chancen haben, den Antisemitismus aus den Köpfen rauszubekommen.

Dazu wird nachher auch unser Antisemitismus-Beauftragter berichten.

Herr Dr. Blume und sein Team leisten genau auf diesem Feld seit Jahren eine unglaublich engagierte und wertvolle Arbeit.

Antisemitismus erkennen, benennen und ihm den Nährboden entziehen, darum geht es ihm. Mit großer Expertise und viel Erfahrung, mit profunden Analysen und stichhaltigen Fakten.

Und dafür danke ich Herrn Dr. Blume ganz herzlich.

Wir haben Herrn Blume 2018 als ersten Antisemitismusbeauftragten der Republik berufen. Davon profitieren wir sehr – gerade jetzt, in dieser dramatischen Lage.

Und es ist selbstverständlich, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass der Antisemitismusbeauftragte seine Arbeit in Zukunft noch weiter intensivieren kann.

Herr Dr. Blume nimmt bereits jetzt eine Unmenge an Terminen wahr. Er reist von Schule zu Schule, klärt auf und diskutiert mit Schülern, Lehrern und Engagierten im ganzen Land.

Um das leisten zu können, muss er natürlich gut ausgestattet sein – und da wollen und werden wir nochmal nachlegen.

Denn jeder bei uns im Land muss wissen,

- was Antisemitismus ist,
- dass wir ihn niemals akzeptieren werden,
- und warum wir in Deutschland eine historische Verantwortung – eine Pflicht! – haben, ihm zu widersprechen und ihn zu bekämpfen.

Ohne dieses Fundament ist unser Gemeinwesen nicht denkbar.

Und deshalb dürfen wir den Bericht des Antisemitismusbeauftragten auch nicht als Aufklärung über einen Teil der Gesellschaft lesen.

Wir müssen ihn lesen als Bericht über uns selbst.

Über die Art, wie wir miteinander umgehen und reden – auf Schulhöfen und Sportplätzen, am Arbeitsplatz und im Verein, auf der Straße und im Wirtshaus, im persönlichen Gespräch und in den sozialen Medien.

Über den Mangel an Zivilcourage, wenn wir

- antisemitische Stereotype
- Falschbehauptungen
- Halbwahrheiten und Relativierungen
- Diskriminierungen und Anfeindungen

stehen lassen, statt ihnen zu widersprechen und entgegenzutreten.

Aber auch über die Gleichgültigkeit, mit dem viele den Ereignissen zusehen.

Über den Hass, der bei den Juden anfängt, aber nicht bei Ihnen aufhört. Sondern sich in unsere gesamte Gesellschaft hineinfrisst und sie vergiftet.

Zugleich dürfen wir den Bericht verstehen als Ausdruck einer unmissverständlichen Haltung, die die gesamte Landesregierung mit den demokratischen Parteien dieses Hauses teilt:

- Nie wieder.

Als Parteinahme für ein freies und sicheres Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Und als Programm all dessen, was wir dem Antisemitismus in den kommenden Jahren entgegensetzen und gemeinsam auf die Beine stellen wollen.